Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 23 (1929)
Heft: 7-8

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Monatsschau.

1. Weltpolitisches.

Die Weltpolitik steht im Berichtsmonat stark unter dem Zeichen der Auswirkung der Reparationskonferenz und der englischen Arbeiterregierung. Dazu gehören vor allem die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Zweck der Verständigung und Abrüstung, ebenso die mit Sowiet-Russland zur Wiederherstellung geordneter diplomatischer Beziehungen und endlich die über die Räumung der Rheinlande und des Saargebietes. Diese letzte Frage steht im Vordergrund. Und hier ist nun eine allgemeine Bemerkung zu machen. Die Räumung der Rheinlande und der Saar ist gewiss eine dringliche Notwendigkeit, wie wir denn ja immer diese Besetzung für einen Fluch gehalten haben — für eine fluchvolle Folge des falschen Friedens. Und so sollte rasch noch manche Reparation dieser Art geschehen. Aber schade, bitterschade ist, dass die durch das Aufkommen der englischen Arbeiterregierung herbeigeführte Wendung der Dinge nicht auf ein anderes Deutschland trifft, dass sie nicht einem wirklich demokratischen und pazifistischen Deutschlande zugute kommt, dass sie nicht aufgenommen und unterstützt wird von einer international wirklich vertrauenswürdigen deutschen Sozialdemokratie. Wir stehen vor der offenkundigen Tatsache, dass vielmehr diese Wendung in Deutschland als ein Zeichen zur völligen Wiederherstellung des alten Deutschland wirkt, des alten Heeres, der alten Grenzen (mit Einbeziehung sogar des Elsasses, wozu gewisse frühere Artikel der jetzigen englischen Minister einzuladen scheinen) und der alten Machtpläne und Machtträume. Damit aber würde nicht die Befriedung Europas erreicht, die ja die Arbeiterregierung im Auge hat, sondern umgekehrt die Aufpeitschung aller halb entschlafenen Kriegsgeister. Schade, bitterschade wäre, wenn die Arbeiterregierung selbst sich in ihren Plänen nicht bloss durch grosse, dazu aber realistisch ausgestaltete Friedensprinzipien leiten liesse, sondern auch ein wenig durch franzosenfeindliches und sogenanntes deutschfreundliches Ressentiment. Auf dieses Element deuten die Reden eines Snowden, die man schlechterdings einen internationalen Skandal nennen muss und die alles andere eher schaffen als Frieden und guten Willen. Viel mehr auf der Linie der wirklichen Aufgaben der Arbeiterregierung liegt es, wenn unser Freund Walter Ayles im Unterhaus über die ungarischen Rüstungen interpelliert. Denn das erhoffen wir ja, wie wir in der Monatsschau wiederholt angedeutet, von der englischen Wendung, dass durch sie die Diktaturen und Faschismen in aller Welt und der ganze Rachekriegsplan, der von Mussolini über Ungarn zu den Alldeutschen reicht, gründlich erschüttert werde. Wenn dagegen berichtet wird, dass nun auch die Arbeiterregierung Trotzky den Aufenthalt in England verweigert habe, so mag sie dafür ähnliche Gründe haben, wie die von den Sozialdemokraten geführte deutsche Regierung (vor allem die Rücksicht auf gute Beziehungen mit der Sowiet-Regierung), aber ein solches Verhalten ist doch eine missliche Konzession an die Politik im gewöhnlichen Stil und entbehrt jedenfalls aller Freiheit und Grossartigkeit.

Kehren wir zu Deutschland zurück, so scheint ganz deutlich zu sein, dass die Pläne der Reaktion reifen. Hugenberg erstrebe eine Art deutschen Faschismus, eine gemilderte Diktatur. Der Stahlhelm rückt mit seinen Plänen offener heraus. Der Owen Young-Plan, dessen Verwerfung das Ziel eines Volksbegehrens werden soll, bietet den Anlass. Das letzte Ziel ist die völlige Abschüttelung der Folgen des Krieges und jene vorhin angedeutete Wiederauf-

richtung des alten Deutschland. Die offene Wiederherstellung der alten Heeresmacht will man auf zwei Wegen erstreben, von denen man je nachdem den einen oder andern geht: entweder so, dass auch die andern, besonders Frankreich, zur Abrüstung gezwungen werden, worauf dann Deutschland ohne weiteres wieder der Stärkste wäre, oder so, dass nach gescheiterter allgemeiner Abrüstung die offene Aufrüstung Deutschlands sich sogar auf Bestimmungen des Friedensvertrages berufen dürfte.

Dass solche Pläne die Führer des heutigen Deutschland bewegen, bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein, ist wohl nicht zu bezweifeln. Der Vorstoss soll auf der ganzen Linie der innern und der äussern Politik gleichzeitig erfolgen, freilich, wie es scheint, so, dass zunächst der auf der innern Linie reif geworden ist. Man darf vielleicht die Vermutung wagen, dass die Freundlichkeit gewisser sozialdemokratischer Führer gegenüber der Reichswehr im Hintergrund von dem Gedanken bestimmt wird, diese von der Koalition der reaktionären Mächte zurückzuhalten und vielleicht mehr auf die rein nationale Linie zu lenken — womit man sich natürlich arg verrechnen würde. Jedenfalls soll die englische Wendung für alle diese Pläne ausgenützt werden. Und nun meine ich, die Arbeiterregierung müsste für diese Tatsachen offene Augen haben und sich nicht durch eine rein doktrinäre, bloss durch die Opposition eingegebene sogenannte Deutschfreundlichkeit blind machen lassen. Dann müsste sie trotzdem den eingeschlagenen Weg gehen, im Glauben an die Sache des Friedens, der Gerechtigkeit und Wahrheit, nur mit sehenden, statt mit blinden Augen — was einen grossen Unterschied macht!

Um aber auf die Reparationsfrage zurückzukommen, so möchte ich noch einmal den Standpunkt präzisieren, den ich diesem und verwandten Problemen gegenüber einnehme. Ich halte den Owen Young-Plan genau wie seinerzeit den Dawesplan nicht für etwas Endgiltiges, sondern bloss für einen Schritt auf dem Wege, aber für einen, der jetzt eine gewisse Notwendigkeit hat, damit man überhaupt auf dem Wege zu einem neuen Europa weiter komme. Darum ist es auch nicht so entscheidend wichtig, wie viel Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit er einschliesst. Wie ich schon oft erklärt habe: Reparationen sind notwendig. Die Frage ist nur, in welcher Form sie geschehen sollen oder geschehen sind. Gewiss ist es an sich nicht in der Ordnung, dass England, Frankreich, Italien, Belgien und so fort von riesigen Kriegsschulden beschwert, mehr als ein halbes Jahrhundert Amerika und einander tributpflichtig und auch nach innen verschuldet blieben, während Deutschland, besonders auch infolge der Inflationspolitik, davon frei wäre. Gewiss ist es in der Ordnung, dass Deutschland zum Aufbau des verwüsteten Frankreich beitrage. (Es leistet nach dem Owen Young-Plan etwa einen Drittel dieser Kosten!) Gewiss tut es einem grossen Teil des deutschen Volkes gut, dass es durch diese sehr sichtbare und greifbare Reparationspflicht daran erinnert wird, was Krieg ist. Aber dann entsteht die Frage, ob diese deutsche Reparation nicht auf andere Weise schon geleistet sei, vielleicht überreichlich, vor allem durch den Verlust eines Teils von seinem früheren Territorium, aber auch unmittelbarer. Es wäre zu untersuchen, wie nun, nach der „Liquidation des Krieges" (die in Wirklichkeit noch sehr lange dauern wird) sich die ökonomische Lage der einzelnen Länder gestalte. Dass darin eine gewisse „Gleichheit der Chance" bestünde, wäre die Forderung einer Gerechtigkeit, die als Grundlage des Friedens dienen könnte. Damit würden wir in allerlei sehr verwickelte, vielleicht unentwirrbare Probleme geführt.

An dieser Stelle erhebt sich aus der Schuldenfrage wieder neu die Schuldfrage. Sie wird von Deutschland im Zusammenhang mit der endgiltigen Regelung der Reparationsfrage und der zehnjährigen Wiederkehr des Friedensschlusses (28. Juni!) mit verstärktem Nachdruck gestellt. Warum soll

denn Deutschland allein bezahlen? Nur wegen der Schuldlüge! Diese muss also bekämpft und getilgt werden. Namentlich kirchliche Kreise machen sich zum Sprachrohr dieser Denkweise.

Es ist dieser allerlei entgegenzuhalten. Einmal bezahlt nicht nur Deutschsand, sondern die andern auch und zwar sehr viel.[1]) Sodann ist der Zusammenhang zwischen dieser Reparationspflicht Deutschlands und seiner behaupteten Schuld (von der kein Mensch behauptet, dass sie Alleinschuld sei!) keineswegs so wesentlich, wie diese Kreise annehmen. Die zwei Tatsachen, auf die es ankommt, sind vielmehr das verwüstete Frankreich und die ungeheure Kriegsschuld der Alliierten gegen Amerika auf der einen und der von Deutschland verlorene Krieg auf der andern Seite. Besonders sollten kirchliche Kreise die Frage der Schuld am Krieg ganz aus diesem Zusammenhang loslösen. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, dass sie die Schuldfrage im Lichte Gottes sehen müssten, statt im Lichte der Kriegspolitik. Dann wäre Deutschland auf alle Fälle schuldig — und zwar unendlich schuldig, weil vor Gott jede Schuld unendlich ist. Freilich ist in diesem Lichte auch England, Frankreich, Amerika, ja auch die Schweiz ebenso schuldig, aber das zu erkennen ist dann ihre Sache, während es Deutschlands Sache ist, seine besondere Schuld zu erkennen. Wenn es dann von diesem Orte her, wo es vor Gott gestanden hat, wieder zu den Menschen und den rein politischen Aspekten der Schuldfrage kommt, dann wird eine grosse Veränderung geschehen sein: diese werden nicht mehr im Geiste der Selbstgerechtigkeit, sondern im Geiste der Busse betrachtet. Dann sieht alles anders aus. Dann ist der Weg zum Frieden und zur echten Reparation frei. Es ist sehr tröstlich, dass nicht nur unser Freund Emil Fuchs (im letzten Hefte der „Neuen Wege"), sondern auch Martin Rade in der „Christlichen Welt" (No. 13) tapfer und energisch auf eine solche Behandlung der Schuldfrage, die christlich, nicht nationalistisch wäre, hingewiesen haben.

Um aber einen Augenblick noch zu den weltlichen Beziehungen der Reparationsfrage zurückzukehren, so wäre auch noch Folgendes zu bedenken: Was Deutschland nach dem Owen Young-Plan jährlich zu bezahlen hat, macht noch nicht einmal die Höhe der früheren jährlichen Kosten für Heer und Marine aus. Ich bitte, über die Tragweite dieser Tatsache nachzudenken! Dazu füge man eine Stelle aus der Eingabe, welche die „Deutsche Friedensgesellschaft" unter dem Datum vom 16. April dieses Jahres an den Reichskanzler gerichtet hat:

> **„Ein Land, das ohne irgendwie gefährdet zu sein, 700 Millionen für seine Wehrmacht ausgibt, kann unmöglich wirtschaftlich so schwach sein, wie seine Regierung und seine Presse es darstellt."** —

wobei zu bedenken ist, dass zu diesen 700 Millionen noch ein paar Hundert verschleierte Posten kommen.[2]) Und endlich vergesse man nicht: Getragen wird die Reparationsschuld hauptsächlich von den Schultern, die es am wenigsten vermögen; von dem arbeitenden Volke. Mit Recht hat man erklärt, es komme weniger darauf an, wie hoch diese Schuld sei, als wer sie trage. Man lese unter diesem Gesichtspunkt, was in der Rubrik „Kulturelles" über das Leben gewisser deutscher Kreise steht, bedenke aber, dass es in den Ländern der Alliierten genau so und schlimmer zugeht. Dann öffnet sich neben der religiösen Lösung der Reparationsfrage die soziale!

---

[1]) Was für eine harte Nuss war für Frankreich die Ratifikation des Schuldabkommens mit Amerika!

[2]) Ich erinnere auch an die ungeheuren Ausgaben für Alkohol und so fort, die ebenso ungeheuren, grösstenteils unnötigen Pensionen. Sie gehen, wenn ich nicht irre, ebenfalls stark in die Milliarden. Um von der Entschädigung der Fürsten zu schweigen!

Lenken wir nun von diesen gegenwärtig wieder im Vordergrund stehenden Dingen den Blick noch auf einige andere Vorgänge dieser Berichtsperiode. Die Freisprechung des elsässischen Autonomisten Dr. Roos, und die darauf folgende Amnestie der im Colmarer Prozess Verurteilten, dazu die Freisprechung des Attentäters Benoit, darf man als gute Zeichen registrieren. Ebenso eine Verständigung der wallonischen und flämischen Sozialisten in Belgien über die Sprachen- und Kulturfrage. Die polnisch-deutschen Beziehungen schwanken stets zwischen hochherzigen Versöhnungsbemühungen kleiner Kreise (Frauenliga, Versöhnungsbund, Liga für Menschenrechte und so fort) und den durch nationalistische und andere Treibereien verursachten Störungen (Oppeln!). Zwischen Ungarn und der Tschechoslovakei sind bei Anlass eines der üblichen Grenzzwischenfälle einige Flammen aus dem stets schwelenden Zwietrachtsherd aufgefahren. In Rumänien versucht der Faschismus einen Putsch. Bulgarien und Südslavien müssen von England und Italien zum Frieden ermahnt werden. Die südslavische Diktatur, der nationalistische Terror erbittert die Gemüter; der politische Meuchelmord ist an der Tagesordnung. Die Kerker sind stetsfort voll von politischen Gefangenen; der Kommunismus schürt von Norden, der Faschismus vom Süden, man bewaffnet sich — besonders nach dem Ausgang der Abrüstungskonferenz — fieberhaft: dorthin müssen sich die Blicke aller Friedensstifter (Matth. 5, 9) vor allem immerfort auch lenken.

In all dieses Wesen fällt die Kunde, dass Briand geradezu eine Aktion zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa eingeleitet und schon „ziemlich viel" Zustimmung von Seiten der durch ihn begrüssten Regierungen empfangen habe. Möchte das Wahrheit sein! Jedenfalls ist Briands Aktion ein sehr bedeutungsvolles Symptom und zwar doch wohl überwiegend ein gutes.

Wenn wir aber den Blick nach China und Indien streifen lassen, dann stossen wir auf die schon oft gezeichnete Lage. In China ist die nationale Befreiungsbewegung in eine vorläufig siegreiche bürgerliche und eine vorläufig besiegte proletarische Strömung auseinandergegangen. Hinter jener stehen die imperialistischen Mächte, vor allem — bis jetzt! — England, hinter dieser Russland. Der neuerliche Zusammenstoss zwischen Russland und China (d. h. der Nanking-Regierung) ist bloss eine Aeusserung dieses Gegensatzes. Ein Krieg wäre noch vor zwanzig Jahren in einer solchen Lage fast selbstverständlich gewesen, während er jetzt wohl nicht zu fürchten ist. Es ist ein gutes Zeichen, welch eine Rolle in diesem Zusammenhang der Kellogg-Pakt spielt. Il y a quelque chose de changé dans le monde.[1]) Hoffen wir im übrigen, dass die englische Wendung auch hier eine solche schaffe, dass der nichtbolschewistische Sozialismus sich endlich dieser Dinge ganz anders annehme als bisher.[2]) In Indien aber kämpft Gandhi, wie es scheint, einen verzweifelten letzten Kampf mit denjenigen Vertretern der Freiheitsbewegung, die nicht seinen Weg gehen wollen. Gespannt warten wir darauf, wie die Arbeiterregierung diesem Riesenproblem begegnen wird.

Und die Hungersnot in China! Was tut der Völkerbund? Was die Kirchen? Nichts?

2. Militarismus und Antimilitarismus.

Auf dem weltweiten, reichbewegten Kampfesfeld, auf dem die antimilita-

[1]) Die Verhandlungen im Haag wegen dem Zonen-Konflikt zwischen Frankreich und der Schweiz mit den tagelangen Plädoyers der Franzosen Boncour und Basdevant und dem Genfer Logoz haben eine allgemeine, weit über den (bei uns von gewissen Leuten aufgebauschten) Anlass hinausgehende Bedeutung. Ein internationales Gericht, statt Krieg, das heilige Recht statt des Schwertes.

[2]) Vergl. den Aufsatz: „Zur Weltlage".

ristische Bewegung mit ihrem Gegner ringt, sind dem Chronisten in dieser Berichtswoche folgende Begebenheiten aufgefallen:

Zunächst schweizerische Vorgänge. Dieser Kampf ist gegenwärtig wohl in keinem Lande so heftig und dramatisch wie in der Schweiz, die einst das am meisten kriegerische Volk der Welt sah. Unser Militarismus versucht es jetzt eine Zeitlang mit der starken Manier. Zwei Lehrer aus dem Kanton Solothurn hatten als Sanitätsrekruten in Basel von der dortigen religiös-sozialen Konferenz Flugblätter gegen den Krieg mitgenommen und diese in der Kaserne an ihre Mitsoldaten verteilt, sich auch weitere von der Zentralstelle kommen lassen. Diese Flugblätter enthalten keine Aufforderung zur Dienstverweigerung oder zu militärischem Ungehorsam, sie schildern bloss den Krieg und fordern zur Abrüstung auf. Auch hatte die Sache keine weiteren Folgen. Da kam hinterher eine Denunziation, von pädagogischer Seite ausgehend, auf die hin der Oberarzt der Armee nicht faul die beiden Lehrer zu je zwanzig Tagen Arrest verurteilte, die der eine von ihnen sofort antreten musste. Die Zentralstelle, darauf aufmerksam gemacht, reichte dagegen beim Militärdepartement Beschwerde ein. Dieses bestätigte aber, nach einigem Hin und Her, die Strafe. Vergeblich hatte schon der militärische Untersuchungsrichter und dann die Beschwerde darauf aufmerksam gemacht, dass man, wenn solche Lektüre verboten sei, auch alle sozialistischen Zeitungen von den Kasernen fernhalten müsste, dass der schweizerische Soldat „Bürger im Wehrkleid" sei und dass es ihm also erlaubt sein müsse, alle die Fragen zu überlegen und zu diskutieren, die den Bürger beschäftigen, darunter auch die Abrüstungsfrage. Das Militärdepartement entschied, dass die Verteilung (und wohl auch die Lektüre?) solcher Literatur „gegen die militärische Zucht und Ordnung und gegen das Ziel des Rekrutenkurses" sei, dass sie schliesslich doch zur Auflehnung führen könnte, wie denn Bietenholz, Ceresole und Ragaz, Mitglieder des Komitees der Zentralstelle, von der die Blätter herausgegeben würden, für die Dienstverweigerung einstünden. Mit andern Worten: alles, was dem schweizerischen Soldaten den Gedanken nahe bringen könnte, dass Krieg, Militär, Oberste nicht heilige, gottgewollte, ewige Einrichtungen seien, muss von den Kasernen verbannt sein. Man wird also nächstens wohl auch das Neue Testament verbieten — nicht wahr, Herr Scheurer? — und die Feldprediger über Texte aus der Edda (oder aus dem Militärstrafrecht?) predigen lassen. Jedenfalls sieht man wieder, was für eine miserable Lüge im Munde dieser Leute das Wort von der „moralischen Abrüstung" ist. Wenn physische Abrüstung verlangt wird, dann wird auf die moralische verwiesen, die vorausgehen müsse, wenn aber Menschen diese an die Hand nehmen, wirft man sie, falls sie Soldaten sind, in Arrest, oder wenn sie Lehrer sind, dann sinnt man auf ihre Absetzung, während Leiter von Lehranstalten völlig unbehelligt, ja unter Beifall militaristische Propaganda treiben dürfen.

Ganz miserabel war auch die Verhandlung im Grossen Rate von Baselstadt über den Fall Bietenholz. Sowohl die sozialdemokratische Fraktion als die Evangelische Volkspartei interpellierten die Regierung über ihr schändliches Vorgehen gegen Bietenholz.[1]) Die Diskussion bewegte sich auf einem traurig tiefen Niveau. Einige Verbeugungen vor dem Charakter und sittlichen Mut des um seine Stellung Gebrachten, dann aber unisono: „Wer den Militärdienst verweigert, leugnet den Staat und soll die Konsequenzen ziehen." Eine Unwahrheit — man kann den Militärdienst verweigern gerade um des Staates, d. h. um einer neuen und wirklichen Gemeinschaft willen, und so meint es Bietenholz. Oder: „Ein Beamter darf nicht das Gesetz des Staates, dem er dient, verletzen, muss vielmehr dieses Gesetz vertreten. Denken darf er, was er will, aber in die Tat umsetzen soll er sein Denken nicht." Dass heisst:

[1]) Vgl. „Neue Wege" No. 3, Rundschau.

der Staat kann nur Leute zu Beamten brauchen, von denen er nie weiss, ob sie Charakterlumpen sind oder nicht. Das heisst weiter: Es kommt bei einem Beamten nicht bloss darauf an, ob er ein ehrenhafter Mensch und ein tüchtiger Mann ist, sondern ob er die Gesinnung hat, die das herrschende System für richtig und seinen Interessen angemessen hält. Das heisst: Es genügt nicht, dass ein Staatsbeamter innerhalb seines Bereiches seine Pflicht erfüllt (und wie hat sie Bietenholz erfüllt!), sondern er muss auch sonst sozusagen diesen Staat repräsentieren, so wie ihn die Mehrheit versteht. Das heisst endlich: das, worauf es bei einem Beamten vor allem ankommt, ist seine Stellung zum Militär. Diese ist identisch mit seinem Wert als Staatsbürger. Eine Verletzung des „Du sollst nicht ehebrechen" würde nicht so leicht zur Absetzung eines Beamten führen, obschon der Ehebruch doch wohl auch gegen die Gesetze verstösst, auf denen der Staat ruht, wohl aber tut es die Erfüllung des „Du sollst nicht töten". Summa: An Stelle des Gewissens tritt der Staat und sein oberstes Heiligtum ist die Kaserne. Und das wird in der gleichen Zeit festgelegt, wo man in Basel eine prunkvolle Reformationsfeier [1]) mit viel Gerede vom Wort Gottes und Gewissen begeht und wird von dem gleichen Magistraten durchbehauptet, der bei dieser Feier eine der Hauptreden hält. (Matth. 23, 29 ff.) Und dabei wird man wütend, wenn man von einem schweizerischen Militarismus redet!

Wie gesagt, das Niveau der Verhandlung war so niedrig als möglich. Es ist freilich nicht zu erwarten, dass das traurige kommunistische Gerede den Bürgerlichen ein Licht darüber aufstecke, dass Antimilitarismus und Kommunismus nichts miteinander zu tun haben. Einem Kirchenrat und Frommen blieb es vorbehalten, Bietenholz des religiösen Egoismus zu beschuldigen, indem die Dienstverweigerung so ausgelegt wurde, als ob es ihren Vertretern in erster Linie darauf ankomme, ihre eigene Seele zu retten. Um eine religiöse Verleumdung waren die Frommen noch nie verlegen. Nicht ein bürgerlicher Abgeordneter redete und stimmte gegen die Regierung. Dafür ist der Umstand, dass die eine Motion stark von Parteigesichtspunkten beherrscht war, keine Entschuldigung.

Im gleichen Sinn, wenn auch in einem andern Stil, verlief die Angelegenheit des Pfarrers Ernst Merz in Rain im Aargau. An ihn stellte das Kommando der in der Nähe manövrierenden Truppen das Gesuch, er möchte seine Kanzel [2]) an einem bestimmten Sonntag für einen Feldgottesdienst abtreten. Pfarrer Merz erwiderte, dass er das nicht tun könne, weil Schwert und Kreuz nicht zusammen gingen und die Stellung eines Feldpredigers in seinen Augen dem Geist des Christentums widerspreche. Daraufhin mächtige Gemüterwallung, Zeitungsgeschrei im üblichen Stil, Anklage auf Antastung des Heiligsten. Trotzdem die Mehrheit der Gemeinde, besonders das einfache Volk, den Pfarrer durchaus verstand und zu ihm hielt, sah er sich veranlasst, seine Demission zu nehmen. Pfarrer Ernst Merz, unser einstiger lieber Schüler, ist eine stille, feine, durch und durch adelige Natur. Er steht nicht auf dem Boden des radikalen Antimilitarismus, widersetzt sich aber jedem religiös gefärbten Militarismus. Alles liegt diesem Manne ferner als lärmender Kampf und agitatorisches Auftreten. Wenn er so gehandelt hat, wie er es getan, so gehorchte er sicher einem kategorischen inneren Gebot. Und er handelte klar, fest, unerschütterlich. Seine Tat hat grossen Eindruck gemacht. Sie wird in seiner Gemeinde stärker nachwirken als all seine Predigten (so trefflich diese auch waren — es wird später davon geredet werden); sie ist das Amen zu ihnen. Und auch ihm selbst wird sie zum Segen gereichen. Es bleibt aber charakteristisch: ein Pfarrer muss gehen, weil er das Kreuz über das Schwert setzt.

---

[1]) Und nachher eine grosse Missionsfeier!

[2]) Es handelte sich um eine sogenannte Feldkanzel.

Der Fall Ody d. h. die Geschichte des Zusammenstosses zwischen einem hochangesehenen, allerdings auch etwas impulsiven Arzt und Chirurgen ersten Ranges mit der Anmassung gewisser Offiziere beleuchtet ebenfalls den gegenwärtigen geistigen Zustand der Träger unserer militärischen Herrlichkeit. Dass die (übrigens ganz bürgerliche) Genfer Regierung sich gegen die militärische Clique in einem Schreiben an den Bundesrat gewehrt und nachdem dieser auf eine so unerhörte Unbotmässigkeit ihr sein nur schlecht verhehltes entrüstetes Erstaunen ausgedrückt, ihm sehr männlich und ohne jede Unterwürfigkeit geantwortet hat, sieht fast aus wie ein Zeichen des Erwachens. In der Tat: der unter uns übliche Respekt vor diesem Pygmäentum unserer Magiströtlein gehört zu den Dingen, die wir gründlich los werden müssen, wenn der Sumpf unserer politisch-moralischen Korruption endlich abgegraben werden soll. Ebenso ist es wenigstens ein kleines erfreuliches Zeichen des Umschwungs der öffentlichen Meinung, wenn die Graubündner Kirchensynode eine Resolution annahm, in der, auf freilich sehr sanfte Weise, den Militärgerichten nahe gelegt wird, in ihren Urteilen über Dienstverweigerer von einer Absprechung der bürgerlichen Rechte abzusehen. Auch sonst regt sich gegen diese Aburteilung mancherorts der Widerstand — ein wenig Tagesanbruch!

Wie tief sich der Fluch des Militarismus in der Schweiz schon eingefressen hat, beweisen im übrigen auch folgende Tatsachen: Die unter der Leitung der deutschen Finanz stehende Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon in Oerlikon bei Zürich, betreibt eine ganz mächtige Fabrikation von äusserst wirksamen Waffen und entsprechender Munition, die sie nach aller Herren Länder liefert. Aus aller Herren Länder ist auch die Gesellschaft selbst zusammengesetzt. „Im Frieden" streichen sie die Gewinne für die Mordwerkzeuge ein, womit dann, wenn einmal der Vorräte zu viele sind, die durch die patriotische Lüge aufgepeitschten Völker in heiligem Gemütersturm auf einander losgehen.[1]) 50 Meter von begangenen Strassen, 100 Meter von Arbeitsräumen, 300 Meter von Wohnräumen entfernt halten sie, ohne jeden Schutz, die gefährlichsten Uebungen ab. In ebenso ungeschützten Räumen werden die Teufeleien der neuen Geschosse ausprobiert. Bei der Herstellung von alledem werden billige Arbeitskräfte, Mädchen und Buben im Alter von 15 Jahren beschäftigt. Und eine solche Pest sollen wir unter uns dulden müssen? [2])

Mit dieser Gesellschaft in Arbeitsgemeinschaft steht die Neuhauser Waffenfabrik (Industriegesellschaft Neuhausen) und wer weiss, was für andere Teufelsnester dieser Art es noch unter uns gibt?

In die gleiche Rubrik gehört die Tatsache, dass ausgerechnet zwei Schweizer in der letzten Zeit Erfindungen gemacht haben, die einen Rekord in militärischer Teufelstechnik darstellen: der eine soll ein ganz besonders vollkommenes (d. h. zerstörungskräftiges) Unterseeboot erfunden haben, der andere das wirksamste Maschinengewehr der Welt. Da kann es ja, mit dem Schützenfest in Bellinzona zusammen, unserem Lande an Segen nicht fehlen! [3])

Der antimilitaristische Kampf ist natürlich nicht, wie einige Dummköpfe bei uns meinen, auf die Schweiz beschränkt. In Bulgarien ist der pazifistische Lehrer Andreas Krester heimlich umgebracht worden. — In Finnland haben Vaino Sarrka und Joiva Rautenen den

---

[1]) Es sei noch einmal auf Lehmann-Rüsskuldt: „Die blutige Internationale" aufmerksam gemacht.

[2]) Ich gebe diese Mitteilungen nach einem Bericht des „Volksrechts" (Nummer 165), weiss aber auch aus andern, sehr sichern Quellen, dass das Wesentliche daran auf Wahrheit beruht.

[3]) Vom Schützenfest in Bellinzona, dieser neuesten Leistung schweizerischen Flinten-Patriotismus, das nächste Mal!

Militärdienst verweigert, letzterer aus religiösen Gründen. Es wird gegen diesen nichts getan, jenem aber ein Jahr Bedenkzeit gelassen. In Frankreich hat Henri René Abrial aus Gewissensgründen den Dienst verweigert und ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine grosse Reihe der führenden Geister Frankreichs haben sich für ihn eingesetzt. Eine ganze Anzahl von französischen Kriegsdienstverweigerern schmachten in der französischen Strafkolonie von Guyana mitten unter gemeinen Verbrechern in unmenschlichen Zuständen. Die amerikanischen Vorkämpfer des Pazifismus, Roger Baldwin, Paul Jones und John Nerin Sayre machen in einem Aufruf auf diese Tatsache und das ganze Greuelwesen dieser Strafkolonie aufmerksam.

Warum leiden diese Menschen? Weil sie die Welt vor dem Schicksal erretten wollen, dem neuerdings in Tokio 2000 Menschen verfallen sind, welche durch einer Munitionsfabrik entwichene Giftgase getötet wurden. (Davon haben unsere bürgerlichen Blätter nichts gemeldet!) Es ist überhaupt merkwürdig, wie immer neues Unheil aus diesen militärischen Vorbereitungen aufsteigt: Explosionen von Munitionsfabriken, Absturz von Fliegern, Untergang von Kriegsschiffen und so fort. Auf alledem liegt Fluch.

Der schwedische Oberst K. A. Bratt hat aus der Tatsache des chemischen Krieges eine andere Konsequenz gezogen als unsere Militärrichter: Er hat die Armee verlassen und ist Dienstverweigerer geworden. Vivat sequens!

3. Sozialismus und soziale Frage.

Der soziale Kampf durchzuckt in allerlei Formen die Menschenwelt. Nicht nur in Europa und Amerika. In Indie,n, besonders in Bombay, streiken seit langem etwa hunderttausend Arbeiter der Textilindustrie. Ihre Verhältnisse sind unsagbar elend. Kein Wunder, dass sie auf die Stimme des Kommunismus hören. In England steht eine riesige Aussperrung in der Textilindustrie vor der Türe. In der Schweiz hat ein Metallarbeiterstreik gute Erfolge errungen. Von Ford wird berichtet, dass er in seinen brasilianischen Gummiplantagen sehr weit davon entfernt sei, die sonst von ihm gepriesenen humanen Prinzipien anzuwenden. Die Arbeiter im Urwald kommen halt nicht als Käufer von Automobilen in Betracht. Ueber die in Afrika und anderswo noch vielfach übliche Zwangsarbeit hört man weiteres. Wenigstens finden diese Zustände an der Arbeitskonferenz in Genf eine Beleuchtung. Schwere Klagen kommen immerfort aus Deutschland über die Notlage der Landwirtschaft.

In England geht die Arbeiterregierung energisch an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Freiburg in der Schweiz aber glaubt die Regierung das soziale Problem am besten dadurch zu lösen, dass sie das Tragen und Aufpflanzen der roten Fahne als „Aufruhr" verbietet, ebenso die aufrührerischen Schriften. In Freiburg sollen offenbar nur Kirchen- und Militärfahnen wehen. Im geistesverwandten Lausanne (die Nachbarschaft wird ansteckend wirken) fällen Gerichte bei Anlass eines Maurerstreikes Klassenurteile bekannter Art. Aber Zürich hat keinen Anlass zur Selbstgerechtigkeit. Denn die Freisprechung des aus Bayern stammenden Streikbrechers Dorsch, der im Zusammenhang mit einer Streikaffäre ganz ohne ernstliche Notlage einen völlig Unbeteiligten niedergeschossen hat (er war vier Jahre als Unteroffizier im Kriege tätig und des Niederknallens gewohnt), durch ein ausgesiebt reaktionäres Geschworenengericht, mit Unterstützung eines reaktionären Staatsanwaltes, ist auch ein Klassenurteil krassester Art. Wir werden es infolge davon sehr schwer haben, in Zürich einen Sozialismus ohne Gewalt zu vertreten. Wer ist es denn, fragen wir angesichts solcher Vorkommnisse, der Klassenkampf und Klassenhass sät? Diese Freisprechung ist ein böses Symptom der Lage. Kein gutes auch, dass beim Prostet gegen sie der Streit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten durch die Schuld jener wieder wüste Formen annimmt.

Den Kommunisten (an denen unsere Reaktionäre ihre tiefe Freude haben) will, wie es scheint, der Bundesrat auf den 1. August durch ein Versammlungsverbot und vielleicht auch etwas Entfaltung unserer Militärherrlichkeit, deren geheimer Sinn ja auf den „innern Feind" geht, ein Relief geben. Die Loorbeeren vom letzten Basler Palmsonntag locken halt!

Es geht im übrigen innerhalb des Sozialismus manch erfreuliche Wandlung vor sich. In Wien haben 50,000 jugendliche Sozialisten für die Demokratie und den Sozialismus und gegen den Militarismus demonstriert. In England haben dreizehn Geistliche für die Arbeiterpartei kandidiert. Sollmann, der bedeutende rheinische Führer der Sozialdemokratie, verkündete auf dem Parteitag zu Magdeburg unter starkem Beifall, dass in der sozialdemokratischen Partei volle Freiheit in Bezug auf das religiöse Denken herrschen müsse. Er wandte sich damit gegen einen Vorstoss der Freidenker. In München beklagen sich die Freidenker, sogar evangelische und katholische Sozialisten fänden in der dortigen Parteipresse Raum, aber den Freidenkern wehre man jede Mitarbeit. Das Auftreten eines Freidenkerführers gegen eine Aktion Pfarrer Eckerts in Göppingen habe jenem sogar eine Rüge des Parteivorstandes zugezogen.

4. Kirchliches.

Solche Zeichen sollten eine Kirchenbehörde abhalten, gegen einen Mann wie Pfarrer Eckert vorzugehen. Er wurde bekanntlich beim badischen Oberkirchenrat angeklagt, durch seine Vorwürfe gegen die Kirche „die Kirche verächtlich gemacht zu haben." Es reichte doch bloss zu einem Verweis, der eine Freisprechung bedeutet. Jene Vorwürfe sind gewiss scharf. Pfarrer Eckert ist ein Draufgänger. Man mag gegen seine Taktik und Denkweise allerlei einwenden. Aber es ist lächerlich, gegen ihn gerade mit jener Anklage vorzugehen. Als ob es in erster Linie darauf ankäme, dass die Würde der Kirche gewahrt werde. Mit dieser Würde wird ohnehin genug operiert und mit dem bekannten Erfolg. Die Vorwürfe gegen die Kirche können gar nicht stark genug sein. Sie sind auch bei Eckert eher zu schwach als zu stark. Die Lage der Christenheit ist heute nicht anders als zur Zeit Luthers, Zwinglis und Calvins, nicht anders als die Israels zur Zeit des Jeremia. Wenn die Kirche solche Anklagen bitter ernst nimmt, sogar dort, wo in ihrer Form etwas Falsches, oder der Ankläger nicht einwandfrei sein sollte, so wahrt sie am ehesten ihre eigene Würde und die ihrer Vertreter, mit jedem anderen Vorgehen kompromittiert sie sich nur immer mehr.

Mit Selbstkritik ist einer wirklichen Kirche, d. h. einer, die sich wirklich zu Christus halten will, besser gedient als mit Machtgewinn. Und die richtige christliche Bewältigung gerade des sozialen Problems ist für die Zukunft des Protestantismus sehr viel entscheidender als glänzende kirchenpolitische Erfolge wären. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem auch das Konkordat des Vatikans mit Preussen beurteilt werden muss. Gewiss bedeutet es einen Erfolg der römischen Politik und die Möglichkeit eines Machtzuwachses für die römische Kirche. Aber wie rasch können solche Gewinne verwelken oder ins Gegenteil umschlagen. Gewinne an mehr oder weniger weltlicher Macht haben noch keiner Kirche gut getan und die Kirchengeschichte zeigt uns Beispiele jähen Sturzes von höchster kirchlicher Machtfülle in tiefste Erniedrigung und Entartung.[1]) Aehnlich zeugt es von wenig Verständnis für das

[1]) Diese weltliche Herrlichkeit des Papsttums illustriert auch folgende Notiz:

„Das päpstliche Auto. Der Wagen seiner Heiligkeit, des Papstes Pius XI., der laut „Europa auf Reisen" Nr. 212 „an prächtiger Ausstattung wohl alles je Dagewesene übertrifft", ist ein achtzylindriger Isotta Fraschini

Wesentliche, wenn man meint, die Zukunft der Sache Christi hange von etwas mehr oder weniger Religionsunterricht ab. Es liesse sich eher die These vertreten, dass mit dem wachsenden Quantum des Religionsunterrichtes lebendiger Christusglauben abzunehmen pflege. Und jedenfalls ist Religionsunterricht eine sehr schwere Sache. Man sollte sich also nicht zu sehr über den Beschluss einer sozialistischen zürcherischen Schulpflege aufregen, den Lehrern in Bezug auf das religiöse Thema Zurückhaltung zu empfehlen. Wird die Sache Christi unter uns wieder recht lebendig, dann ergreift sie die Gemüter auch ohne Religionsunterricht, geschieht dies nicht, dann nützt aller Religionsunterricht nichts, wohl aber kann er sehr viel schaden.

Man erfährt gegenwärtig in Russland, wie wenig man mit sogenannter wissenschaftlicher Aufklärung oder gar staatlichen Zwangsmitteln etwas gegen die Religion ausrichtet, dass man damit keine Religion tötet, die noch einen Funken Lebenskraft in sich hat, wohl aber eine halb erstorbene wieder lebendig machen kann. Der bolschewistische Kampf gegen die Religion befindet sich nach seinem eigenen Zugeständnis in äusserster Verlegenheit und darf als gescheitert gelten. Lebendiger Glaube gedeiht am besten in der Luft des Kampfes und der Verfolgung, jede Protektion ist ihm tötlich, auch jede allzueifrige menschliche „Pflege".

5. Kulturelles und Unkulturelles.

Die Spielbankenherrlichkeit entfaltet sich so, wie ihre Verfechter sie gewünscht haben. Ein Kurort nach dem andern stellt sie wieder her oder führt sie neu ein. Man lädt (z. B. neuerdings in Ragaz) die den Spielbanken freundlich gesinnte, d. h. die freisinnige und die katholische Presse (von der „Berner Tagwacht" habe ich nichts vernommen!) zu ihrer Eröffnung ein. Musy, Schulthess und Häberlin konnten wohl wegen Bellinzona nicht dabei sein?

Einen andern Weg schweizerischen Aufstiegs bezeichnet auch folgende, durch Prof. Dr. A. Hartmann in Aarau aufgestellte vergleichende Statistik der Ausgaben des Schweizervolkes für die verschiedenen Arten von Getränken:

	Millionen Liter	Millionen Franken		Millionen Liter	Millionen Franken
Milch	1100	360	Limmonaden	30	30
Bier	220	100	Schnaps	25	50
Wein	200	360	Mineralwasser	5	5
Gärmost	150	45	Kunstgetränke	5	3

Auf der gleichen Aufstiegslinie zum Untergang stossen wir auf das entsetzliche Verbrechen, das in der Nähe von Luzern verübt wurde. Es hat auch früher scheussliche Taten gegeben, sicher, aber diese Ermordung (das Wort ist noch zu gut) einer alten Frau und ihres vierjährigen Enkelknaben durch einen Bekannten trägt — für die paar Leute, die noch Augen dafür haben — allzudeutlich die Züge unserer heutigen Kultur, der Kultur der „neuen Sachlichkeit".

952 Todesurteile sind in Polen während der letzten zehn Jahre vollzogen werden. Welch eine furchtbare Zahl! Der staatliche Bericht darüber erklärt ihre Höhe aus der Verwilderung, die der Krieg erzeugt habe. Ge-

---

Type 8 A. Er ist amarantrot lackiert, die Kotflügel sind etwas dunkler gehalten. Das Innere ist mit rotem Damast tapeziert; auch die Kissen des Coupees sind mit diesem Damast überzogen. Den Boden bedeckt ein Teppich aus weissem chinesischem Lammpelz. Die Türdrücker sind aus Gold. Neben „allen Bequemlichkeiten" sind vorhanden: ein Kästchen mit einem Getränkeservice, ein Brevierträger, eine goldene Uhr und eine Medaille des heiligen Christophorus. Zur Verständigung mit dem Chauffeur dient eine Tastatur." — „Des Menschen Sohn aber hat nicht, wo er sein Haupt hinlege."

wiss mit Recht! Ob aber nicht die Urteile selbst als solche auch ein Zeugnis dieser Verwilderung sind?

„Ganz Deutschland" ist stolz darauf, dass ein Deutscher namens Schmeling einen Portugiesen im Boxkampf zusammengeschlagen hat. Was sind dagegen Eckhart, Bach und Kant!

Und die gewaltigen Gegensätze dieser Zeit. Im „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes" steht folgendes:

„Sie wissen nicht, wohin mit dem Geld. Der „Lokalanzeiger" schildert ein Fest, das ein Grossindustrieller in seiner Berliner Villa gab. Das Fest „Spiel der Wellen" war eine Art Fastnachtsball und die Gäste wurden gebeten, im Strandkostüm à la Lido zu erscheinen. Man muss gestehen, dass die Damen in ihren kostbaren Badekostümen angezogener waren als in ihren tiefdekolletierten Ballkleidern. Es fiel auf, dass die beiden grossen Säle, in denen sonst getanzt und gespeist wurde, ängstlich verschlossen gehalten wurden. Nach einigen Cocktails, deren Zusammenstellung selbst den besten Kennern rätselhaft blieb — die Wirkung hingegen kamen alle zu spüren — erscholl laute Jazzmusik aus den Nebenräumen, die Flügeltüren wurden von Bademeistern auseinandergezogen und ein Riesenschwimmbassin bot sich den Augen, das beide Räume ausfüllte. Das Riesenbassin war eine mit äusserstem Raffinement und grosser technischer Findigkeit erdachte und ausgeführte Arbeit eines bekannten Technikers, dem es gelang, zwei grosse Wohnräume unter Wasser zu setzen, ohne den Räumen Gewalt anzutun. Ein Anschlag an der Wand verkündete, dass das Wasser 24 Grad Wärme hatte. Gummipuppen, Bälle und Pferdchen schwammen im Wasser umher, und an den Wänden des kleinen Saales führten kleine Treppen zu puppenhaften Badekabinen, die alles enthielten, was zwei Menschen für eine glückliche Stunde benötigen. Den Höhepunkt des Festes bildete ein schwimmendes kaltes Büffet mit den erlesensten Speisen und Getränken. Die Gäste stürzten sich ins Wasser und blieben stundenlang darin. Es war ein Wasserfest, wie es wohl keine Stadt der Welt bisher gesehen hat. Elektrische Trockenapparate trockneten die Gäste in wenigen Sekunden. Um 24 Uhr gab es eine Ueberraschung: Hunderte von lebenden Fischen wurden aus Netzen in das Bassin getan, und nun begann ein Wettfischen, das die Lustigkeit noch erhöhte. An den Wänden zogen sich vielmeterbreite Gänge entlang, auf denen Angler standen. Man fischte sich aber nicht nur junge Hechte und Schleien, auch auf Frauen und Männer legte man die Angel an, und es fiel auf, dass hier die Damen der weit aktivere Teil waren!!!

Diese Vorgänge erinnern lebhaft an die Zustände im alten, zerfallenden Rom und kennzeichnen so recht den Tiefstand unserer heutigen Kultur."

Gleichzeitig wird berichtet, dass in der Nähe von Stuttgart ein grosses Treffen der — Vagabunden stattfand, deren „Führer" Gregor Gog ist. Auch ein bekannter Schweizerpfarrer, der das geistige Vagabundieren liebt, war dabei, sogar als Redner. Das ist eine der grossen Hoffnungslinien in den Nöten der Gegenwart: dass es gegen gewisse gewaltige Uebel zu gewaltigen Umschlägen kommen werde. Möchte es bald geschehen!

24. Juli. L. R.

Zur auswärtigen Politik der englischen Arbeiter-Regierung.

(Aus dem Wahlmanifest: Labour and the Nation. Fortsetzung.)

„Die Arbeiterpartei glaubt, dass in der Führung der auswärtigen Politik (foreign affairs) die wahren Interessen Grossbritanniens Friede und Fortschritt sind und dass diese einzig durch eine Politik gefördert werden können, die auf Gerechtigkeit und Billigkeit (fair play), Vernunft und Zusammenarbeit im Verhältnis zu allen Völkern der Erde gegründet ist. Das unheilvollste Beispiel von Abwesenheit dieses Geistes bilden heute die durch das Verhalten der konservativen Regierung zwischen Grossbritannien und Russland ge-

schaffenen Beziehungen. England ist das grösste Industrievolk Europas, Russland das mächtigste unentwickelte Reservoir von Lebensmitteln und Rohstoffen. Es liegt auf der Hand, dass beide durch den Handelsverkehr miteinander etwas zu gewinnen haben. Die konservative Regierung hat in ihrem Eifer, durch Benutzung des Popanzes der Revolution einen flüchtigen politischen Vorteil zu erlangen, das Handels-Uebereinkommen von 1924 mit Russland zerrissen, mit dem Ergebnis, dass Aufträge für Maschinen und Waren, die tausenden von britischen Arbeitern Beschäftigung gegeben hätten, unserem Lande verloren gingen. Aktionen solcher Art mögen grossartig erscheinen, aber sie entsprechen weder dem gesunden Menschenverstand noch dem Geschäftsinteresse. Eine Arbeiterregierung würde, trotz ihrer Opposition gegen die Einmischung der russischen Regierung in die innere Politik anderer Völker, sofort Schritte tun, um diplomatische und kommerzielle Verbindungen mit ihr herzustellen, sie würde durch Verträge oder anderswie alle vorhandenen Differenzen beilegen, und würde alle Anstrengungen machen, um eine Wiederbelebung des Handels mit Sowiet-Russland zu ermutigen.

Es ist ferner die Politik der Arbeiterpartei, Schritte zu tun, die engere politische und ökonomische Beziehung zwischen Grossbritannien, Indien und den autonomen überseeischen Dominions und den andern die Britische Völkerrepublik (British Commonwealth of Nations") bildenden Bestandteile herzustellen. Sie glaubt an das Recht des indischen Volkes auf Selbstregierung und die Politik der Arbeiterregierung würde in einer stetigen Zusammenarbeit mit ihm sein, mit dem Endziel, Indien so rasch als möglich und mit seiner freien Zusammung zu einem mit allen andern gleichberechtigten Glied der Britischen Völkerrepublik zu machen.

Sie würde für einen engern persönlichen Kontakt zwischen der Regierung Grossbritanniens und denen der Dominions und der andern Glieder der Britischen Völkerrepublik besorgt sein und an den Konferenzen der Republik (Commonwealth Conferences) würde sie sicherstellen, dass die britische Abordnung ebenso Vertreter der Opposition wie solche der Regierungsmeinung einschlösse.

Eine Arbeiterregierung würde die in Betracht kommenden Staaten dringend ersuchen, mit ihr zusammen eine Uebersicht über den gesamten Bodenbesitz der Britischen Republik herzustellen, zu dem Zwecke, die private Benutzung des Bodens einer im allgemeinen Interesse liegenden und wissenschaftlichen Prinzipien entsprechenden Neuverteilung der Bevölkerung auf demselben unterzuordnen und durch Verbesserung der Bodenbewirtschaftung vermehrten Zufluss von Lebensmitteln für seine Bevölkerung und von Rohstoffen für seine Industrien zu schaffen.

Programme für die Auswanderung und die Ausbildung dafür bilden einen Teil der Politik der Arbeiterregierung. Eine Arbeiterregierung würde darnach trachten, für solche, die an Auswanderung denken, verlässliche Auskunft zu vermitteln; sie würde Zentren schaffen, in denen diese eine entsprechende Ausbildung für ihr neues Leben bekommen; sie würde den Apparat der Arbeiterkonferenz der Republik, durch welche die Arbeiterbewegung in Grossbritanniens bereits in enger Berührung mit den Arbeiterbewegungen in den Dominions ist, dazu benutzen, ein gewisses Mass von Aufsicht und Kontrolle über deren Aussichten und Verhältnisse herzustellen.

Die Arbeiterpartei fasst mit ernstem Gefühl ihrer Verantwortlichkeit die entsetzlichen Uebel ins Auge, welche die kapitalistische Ausbeutung in gewissen tropischen und subtropischen Teilen der Britischen Völkerrepublik hervorgerufen hat. Sie ist der Ansicht, dass das Wohlergehen der eingebornen Rassen, ihr wirtschaftliches Gedeihen und ihr Fortschritt in Kultur und Zivilisation das oberste Ziel der kolonialen Verwaltung sein muss, der alle andern Interessen sich streng unterzuordnen haben. Sie stellt mit Ge-

nugtuung fest, dass dort, wo dieser Grundsatz durchgeführt worden ist, primitive Völker in verhältnismässig kurzer Zeit Ergebnisse erreicht haben, die endgiltig die Behauptung widerlegen, dass sie für sozialen Fortschritt unfähig seien.

Eine Arbeiterregierung wird also keinen Kompromiss mit einer Politik schliessen, welche die wirtschaftliche Entwicklung rückständiger Gebiete durch Methoden beschleunigen will, die deren Unabhändgigkeit, die sozialen Einrichtungen und die sittliche Haltung der Einwohner untergraben und welche dadurch für sie selbst, aber zuletzt auch für die arbeitenden Klassen Europas verderblich werden. Sie wird jedes in ihrer Macht befindliche Mittel benutzen, um sie im Besitz und Genuss ihres Bodens zu schützen, Zwangsarbeit unbedingt zu verhindern, in welcher Form sie auch auftrete, sicherzustellen, dass Verträge zwischen eingeborenen Arbeitern und europäischen Unternehmern in Freiwilligkeit und nicht unter Druck geschlossen werden, dass solche Verträge den Behörden vorgelegt werden müssen und dass sie Bestimmungen enthalten, die dem Arbeiter billige Lebens- und Arbeitsbedingungen gewähren. Sie wird die Entwicklung der Fürsorge für Gesundheit und Erziehung ermutigen. Sie will von Herzen mit der Mandatkommission des Völkerbundes zusammenarbeiten und jede Anstrengung machen, um deren Autorität zu verstärken und auszudehnen..."

(Schluss folgt.)

Neues von der chinesischen Hungersnot und ihrer Bekämpfung.

Nach den neuesten Feststellungen bedürfen 50 Millionen Menschen in China dringend der Hilfe. Die Hungersnot ist besonders schlimm in acht Provinzen: Suiyuan, Kansu, Schensi, Honan, Chatsar, Schantung, Schansi und Hopsi (Chili). In diesen Provinzen sind von den 57 Millionen ihrer Gesamtbevölkerung 21 Millionen so schlecht daran, dass es von ihnen heisst: „Sie sterben wie die Fliegen." Es wird auch berichtet, dass die Gesamtlage während des Sommers nur noch schlimmer werden wird. Um in den acht Provinzen die grösste Not zu beseitigen, wären, so hat man berechnet, 857,000 Tonnen Getreide nötig, d. h. in Geld ausgedrückt, 130 Millionen Mark. Bisher wurden nur 2,2 v. H. der nötigen Getreidemenge durch die Hilfsaktion beschafft. Eine chinesische Wohltätigkeits-Gesellschaft brachte bisher 1,000,000 Mark, die chinesische Regierung 20 Millionen Mark auf, aus Amerika erwartet man, ausser den schon gespendeten Sachen, weitere 40 Millionen Mark. In Kansu, wo es am schlimmsten steht, sind monatlich 5 Millionen Mark nötig, man bekam bisher monatlich aber nur 10,000 Mark. Gaben für die Hungernden in Schantung nimmt nach wie vor entgegen die Ostasien-Mission, Berlin W .57, Pallasstrasse 8/9, Postscheck: Berlin 6457. Professor D. Dr. Witte.

Verdankung.

Für die Hungernden in China sind bei der Redaktion eingegangen von: Ungenannt in D. Fr. 50.—; J. R. in Z. Fr. 100.—; J. M. in R. Fr. 5.—; Fr. St. in B. Fr. 43.—; M. St. in Z. Fr. 50.—; Kirchenkollekte von Erlach (Kt. Bern) Fr. 22.—. Total Fr. 270. Herzlichen Dank!

Aus der Arbeit

Die Reichenauerkonferenz

ist auf Sontag und Montag, den 18. und 19. August angesetzt. Beginn Sonntag nachmittags 4 Uhr. Referent für den Sonntag ist Herr Pfarrer Lauterburg aus Saanen. Er wird über „Freude und Gemein-